

I. Hinweise zur Datenverarbeitung

1. Verantwortlicher für die Datenverarbeitung und Begriffe

- a) Diese Datenschutzhinweise gelten für die Datenverarbeitung durch den Verantwortlichen im Sinne des Art. 4 Nr. 7 Datenschutz-Grundverordnung (DS-GVO) REEG Rechtsanwälte PmbB (im Folgenden „REEG Rechtsanwälte“), Speicher 7, Rheinvorlandstr. 7, 68159 Mannheim, Tel. 0621 – 127170, Fax 0621 1271717, office@reeglaw.com.
- b) Personenbezogene Daten sind alle Informationen, die auf Sie persönlich beziehbar sind und durch die Sie identifizierbar sind, z.B. Name, Adresse, E-Mail-Adresse. Hinsichtlich der weiteren nachfolgend verwendeten Begriffe, wie bspw. „Verantwortlicher“ oder „Auftragsverarbeiter“, verweisen wir auf den Katalog der Begriffsbestimmungen in Art. 4 DS-GVO.

2. Art der verarbeiteten Daten

- a) Wenn Sie uns mandatieren, verarbeiten wir im Rahmen unserer Beratungstätigkeit folgende personenbezogenen Daten:
 - Stammdaten (zB Name, Anschrift, Kontaktinformationen wie E-Mail, Telefonnummer und Internetadresse),
 - Mandatsbezogene Daten (zB Verträge, Kommunikation, Lieferscheine, Beweismittel, Zeugendaten),
 - Beratungsdaten (zB Inhalte von Anfragen, Beratungsdokumentation, Dokumente, Aktennotizen, Rechtsgutachten und rechtliche Einschätzungen),
 - Tätigkeitsdaten (zB Beratungsdokumentation, Leistungsnachweise, Abrechnungen sowie weitere Informationen, die für die Geltendmachung und Verteidigung Ihrer Rechte im Rahmen des Mandats notwendig sind),
 - sowie weitere Daten, die Sie uns freiwillig im Rahmen des Mandatsverhältnisses mitteilen.
- b) Soweit der Anwendungsbereich des Geldwäschegesetzes eröffnet ist, sind wir zur Erhebung und Verarbeitung weiterer Informationen verpflichtet, § 2 Abs. 1 Nr. 10 GwG. Der Anwendungsbereich ist eröffnet, wenn wir
 - für den Mandanten an der Planung oder Durchführung von folgenden Geschäften mitwirken:
 - (a) Kauf und Verkauf von Immobilien oder Gewerbebetrieben,
 - (b) Verwaltung von Geld, Wertpapieren oder sonstigen Vermögenswerten,

- (c) Eröffnung oder Verwaltung von Bank-, Spar- oder Wertpapierkonten,
- (d) Beschaffung der zur Gründung, zum Betrieb oder zur Verwaltung von Gesellschaften erforderlichen Mittel,
- (e) Gründung, Betrieb oder Verwaltung von Treuhandgesellschaften, Gesellschaften oder ähnlichen Strukturen,
- (f) im Namen und auf Rechnung des Mandanten Finanz- oder Immobilientransaktionen durchführen,
- (g) den Mandanten im Hinblick auf dessen Kapitalstruktur, dessen industrielle Strategie oder damit verbundene Fragen beraten,
- (h) Beratung oder Dienstleistungen im Zusammenhang mit Zusammenschlüssen oder Übernahmen erbringen oder
- (i) geschäftsmäßig Hilfeleistung in Steuersachen erbringen.

Dies beinhaltet u.a. Informationen zu Ihrer Identität, zu den wirtschaftlich Berechtigten, zu Zweck und Art der Geschäftsbeziehung und der durchgeführten Transaktionen, sowie zu dem Geldwäscherisiko. Bei natürlichen Personen fertigen wir zur Erfüllung unserer Pflichten aus dem Geldwäschegesetz nach § 8 Abs. 2 S. 1 GwG zusätzlich eine Kopie eines amtlichen Ausweisdokumentes des Mandanten an. Bei juristischen Personen werden darüber hinaus die im Geldwäschegesetz geforderten Informationen über die wirtschaftlich Berechtigten iSd § 3 Geldwäschegesetz erhoben.

3. Zweckbestimmung der Verarbeitung

Soweit nicht anders angegeben, verarbeiten wir Ihre personenbezogenen Daten, um unsere Pflichten aus den zugrunde liegenden Anwaltsverträgen zu erfüllen. Rechtsgrundlage ist Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit. b DS-GVO. Darunter fällt insbesondere die angemessene anwaltliche außergerichtliche Beratung, die Führung von Korrespondenz mit Vertragspartnern, Gerichten und Streitgegnern, die Rechnungsstellung, die Abwicklung von evtl. vorliegenden Haftungsansprüchen sowie der Geltendmachung etwaiger Ansprüche gegen Sie. Weiterhin verarbeiten wir Ihre personenbezogenen Daten, wenn dies für die Erfüllung einer rechtlichen Verpflichtung, der wir unterliegen, erforderlich ist, bspw. aus dem Geldwäschegesetz (Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit. c iVm §§ 10, 11, 12 Abs. 1 und Abs. 2 GwG). Ferner verarbeiten wir Ihre personenbezogenen Daten ggf. im Rahmen der folgenden Zwecke:

- a) **Kontaktaufnahmen:** Bei einer Kontaktaufnahme mit uns per E-Mail werden die von Ihnen mitgeteilten Daten (Ihre E-Mail-Adresse, ggf. Ihr Name, Telefonnummer und weitere Angaben) von uns gespeichert, um Ihre Fragen zu bearbeiten und zu beantworten; sofern ein Mandatsverhältnis besteht ist Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit. b DS-GVO Rechtsgrundlage.
 - b) Für den Fall, dass keine Mandatsbeziehung besteht, sind unsere berechtigten Interessen an der Beantwortung der Kontaktanfrage Rechtsgrundlage nach Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit. f DS-GVO.
 - c) **Mandantenanschriften:** Von Zeit zu Zeit kann es vorkommen, dass wir unsere Mandanten über aktuelle Entwicklung in der Juristerei und Rechtsprechung informieren. Dies erfolgt in langfristigen Mandatsverhältnissen in Durchführung des bestehenden Mandatsverhältnisses nach Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit. b DS-GVO; im Übrigen aufgrund unserer berechtigten Interessen nach Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit. f DS-GVO, um unsere Mandanten über aktuelle für Sie relevante Entwicklungen zu informieren.
 - d) **Weihnachts- und andere Grußkarten:** Sofern wir Sie persönlich kennen und/oder Sie in einem Mandatsverhältnis mit unserer Kanzlei stehen, kann es sein, dass wir Ihnen aufgrund unserer berechtigten Interessen nach Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit. f DS-GVO zu besonderen Anlässen, wie Weihnachten, Grußkarten zukommen lassen. Wir gehen davon aus, dass sich die Empfänger über die Grüße zu besonderen Anlässen freuen. Sollte dies nicht der Fall sein, können Sie dem Versand von Grußkarten nach Art. 21 DS-GVO widersprechen (siehe hierzu Ziffer 5).
4. **Vertraulichkeit und Weitergabe von Daten an Dritte**
- a) Als Rechtsanwälte sind wir sowie unsere Kanzleimitarbeiter gesetzlich grundsätzlich zur Verschwiegenheit über Tatsachen, die uns in Ausübung unserer Tätigkeit bekannt geworden sind, verpflichtet. Diese Verpflichtung besteht nach Beendigung des Mandatsverhältnisses fort. Daten, die dem Anwaltsgeheimnis unterliegen, werden nur in Absprache mit Ihnen an Dritte weitergegeben.
 - b) Soweit es nach Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit. b DSGVO für die Abwicklung des Mandatsverhältnisses mit Ihnen erforderlich ist, werden wir Ihre personenbezogenen Daten an Dritte weitergeben. Hierzu gehört insbesondere die Weitergabe an

Verfahrensgegner und deren Vertreter (insbesondere deren Rechtsanwälte) sowie Gerichte und andere öffentliche Behörden zum Zwecke der Korrespondenz sowie zur Geltendmachung und Verteidigung Ihrer Rechte, und Bankinstitute zur Zahlungsabwicklung. Die weitergegebenen Daten dürfen von dem Dritten ausschließlich zu den genannten Zwecken verwendet werden.

- c) Soweit wir Ihre Daten im Zusammenhang mit dem Mandatsverhältnis ins Ausland (z.B. an dort ansässige Korrespondenzanwälte) übermitteln, erfolgt dies in Absprache mit Ihnen.
- d) Im Zusammenhang mit der Durchführung des Mandatsverhältnisses werden wir auch allgemein von Dienstleistern (z.B. zur Unterhaltung unserer IT-Infrastruktur) als Auftragsverarbeiter nach Art. 28 DS-GVO unterstützt. Diese Auftragsverarbeiter haben wir sorgfältig ausgewählt, überwachen und kontrollieren sie regelmäßig. Auch diese Dienstleister sind gesetzlich zur Verschwiegenheit verpflichtet.
- e) Eine Weitergabe kann zudem aufgrund gesetzlicher Vorschriften, beispielsweise zur Meldung von Verdachtsfällen nach § 43 GwG, an die zuständige Behörde erfolgen. Rechtsgrundlage für die Weitergabe ist insoweit Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit. c DS-GVO iVm § 43 GwG.
- f) Sollten wir weitere Dienstleistungen in Anspruch nehmen, die unmittelbar Ihrem Mandat dienen, werden wir Ihre personenbezogenen Daten nur mit Ihrer Einwilligung übermitteln.

5. Ihre Rechte

- a) Sie haben uns gegenüber folgende Rechte:
 - Widerruf einer einmal erteilten Einwilligung gem. Art. 7 Abs. 3 DS-GVO: Dies hat zur Folge, dass wir die Datenverarbeitung, die auf Ihrer Einwilligung beruhte, für die Zukunft nicht mehr fortführen dürfen. Ein Widerruf hat keinen Einfluss auf die Zulässigkeit der vorherigen Verarbeitung;
 - Recht auf Auskunft gem. Art. 15 DS-GVO über Ihre von uns verarbeiteten personenbezogenen Daten;
 - Recht auf Berichtigung und Löschung gem. Art. 16 DS-GVO;
 - Recht auf Löschung Ihrer bei uns gespeicherten personenbezogenen Daten gem. Art. 17 DS-GVO;
 - Recht auf Einschränkung der Verarbeitung gem. Art. 18 DS-GVO;
 - Recht auf jederzeitigen Widerspruch gegen die Verarbeitung gem. Art. 21 DS-GVO: Soweit wir die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten auf die

Interessenabwägung nach Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit. f DS-GVO stützen, können Sie Widerspruch gegen die Verarbeitung einlegen. Bei Ausübung eines solchen Widerspruches bitten wir um Darlegung der Gründe, weshalb wir Ihre personenbezogenen Daten nicht wie von uns durchgeführt verarbeiten sollten. Im Falle Ihres begründeten Widerspruches prüfen wir die Sachlage und werden entweder die Datenverarbeitung einstellen bzw. anpassen oder Ihnen unsere zwingenden schutzwürdigen Gründe aufzeigen, aufgrund derer wir die Verarbeitung fortführen.

- Recht auf Datenübertragbarkeit gem. Art. 20
- b) Zudem haben Sie das Recht, sich gem. Art. 77 DS-GVO bei einer Datenschutz-Aufsichtsbehörde über die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten durch uns zu beschweren. Unsere Kanzlei befindet sich im Bereich des Landesbeauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit Baden-Württemberg.
- c) Diese Rechte können Sie durch eine entsprechende Erklärung an die unter I.1. angegebenen Kontaktdaten ausüben.

6. Löschung von personenbezogenen Daten und Kriterien für die Speicherdauer

- a) Wir löschen personenbezogene Daten, nachdem und soweit die Speicherung zur Mandatsabwicklung bzw. Durchführung nicht mehr erforderlich ist und keine berechtigten Interessen oder gesetzlichen Pflichten unsererseits, wie die Pflicht zur Durchführung einer Interessenkollisionsprüfung nach § 43a Abs. 4 BRAO, oder gesetzliche Aufbewahrungspflichten (§ 147 AO, § 257 HGB, § 14b UStG) einer Löschung entgegenstehen. Eine Löschung erfolgt demnach grundsätzlich 5 bis 10 Jahre nach Ende des Mandatsverhältnisses, im Fall von titulierten Ansprüchen nach 30 Jahren. Sofern eine Löschung im Einzelfall nicht möglich ist, wird die Verarbeitung eingeschränkt.
- b) Eine Löschung unterbleibt in den Fällen, dass Sie in eine darüber hinausgehende Speicherung nach Art. 6 Abs. 1 Satz 1 lit. a DS-GVO eingewilligt haben oder wir aufgrund von steuer- und handelsrechtlichen Aufbewahrungs- und Dokumentationspflichten (aus HGB, StGB oder AO) zu einer längeren Speicherung verpflichtet sind.